



Matthias Mieres MAGAZIN

Meine Einsichten und Aussichten nach den Wahlen am 9. Juni

Spätestens seit der Recherche von CORRECTIV im Januar 2024 zum Potsdamer Treffen der AfD u. a. zur „Remigration“ wissen alle Bürgerinnen und Bürger, was für eine Partei die AfD ist: Sie ist in weiten Teilen rechtsextrem, rassistisch und demokratiefeindlich. Viele von uns haben daraufhin gehofft, dass das ungeschminkte Gesicht dieser Partei die Menschen abschreckt. Vor allem diejenigen, die nicht rechtsextrem eingestellt sind, aber aus Protest gegen die etablierten Parteien die AfD wählen. Tatsächlich sanken nach den zahlreichen Berichten in der Presse über die perfiden Pläne der AfD im Frühjahr deren Umfragewerte. Aber mit der Europa- und Kommunalwahl war es dann doch vorbei mit der Hoffnung:

Das hohe Ergebnis der AfD ist erschreckend, weil viele Menschen

ohne rechtsextreme Einstellung, trotz der Enthüllungen, trotz der Zuordnung „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ die AfD gewählt haben. Die AfD-Ergebnisse auch bei uns daheim haben mich erschüttert und nachdenklich gemacht.

Seit dem Wahlabend habe ich mit vielen Kandidatinnen und Kandidaten, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und vielen Ehrenamtlichen gesprochen. Es ging dabei auch darum, warum wir als SPD Wählerinnen und Wähler an die Populisten verloren haben. Aus diesen Gesprächen habe ich ein klares Bild zu den Ursachen der Wahlergebnisse bekommen:

Die herben Verluste der SPD – auch bei den Kommunalwahlen – gehen in großen Teilen auf die Kappe der Ampel-Regierung in

Berlin. Die Menschen bei uns treibt ein tiefsitzendes Gefühl von Unsicherheit um. In Bezug auf die Innere Sicherheit, auf die ungesteuerte Migration, auf die Veränderungen in der Wirtschaft und auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf uns. Bei diesen Themen haben sie das Gefühl, dass wir in der Ampel-Regierung die Probleme nicht ausreichend lösen und als Kanzlerpartei das Heft nicht ausreichend in der Hand haben. Die Populisten gießen dann Öl ins Feuer und haben es teilweise selbst gelegt.

Als SPD haben wir uns vielleicht zu sehr darauf verlassen, dass die Menschen früher oder später von sich aus sehen, was wir – trotz des schlechten Rufes der Regierung – Gutes erreicht haben. Wie viele Probleme gelöst wurden, bzw. auf gutem Wege sind. Auch in den

oben genannten Themenfeldern. Aber dem ist nicht so. Wir sind bislang nicht gut genug auf die vielfältigen Sorgen eingegangen – unabhängig davon, wie gut oder schlecht sie begründet sind.

Das muss sich ändern und das wird sich ändern. Ganz konkret kümmern wir uns jetzt in der SPD-Fraktion und mit unseren Regierungsmitgliedern noch stärker um Folgendes:

1. In der Migrationspolitik werden wir weiterhin die legale Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften in unser Land fördern, aber nicht weiter schwerste Kriminelle dulden, sondern abschieben. Dazu gehören auch Geflüchtete aus Afghanistan und Syrien. Die Gesetzeslage in diesem Bereich wird entsprechend neu

justiert, Abkommen mit anderen Staaten werden geschlossen. Das hat der Bundeskanzler angekündigt und wir sind bereits dabei es umzusetzen.

2. Auch Berichte über Demonstrationen, bei denen islamistischer Terror gefeiert und ein „Kalifat“ in Deutschland gefordert wird nehmen wir nicht hin. Nancy Faeser will deshalb künftig auch Ausländer abschieben, die Terrorismus verherrlichen – bei solchen Demos oder auch online.

3. Das Bürgergeld im Grundsatz ist nach wie vor richtig und notwendig. Aber wir werden gesetzlich nachschärfen, um Missbrauch härter zu sanktionieren. Die Gruppe derjenigen, die das Bürgergeld und

die arbeitende Mehrheit ausnutzen ist klein – aber diese Gruppe darf nicht damit durchkommen. Hier werden wir konsequenter durchgreifen.

Ganz grundsätzlich sollten wir uns beim Regierungshandeln immer fragen: Für wen machen wir das? Und die Antwort darauf muss noch häufiger als bislang lauten: Für die hart arbeitende Mitte. Wir arbeiten für diejenigen und ihre Familien, die unser Land jeden Tag am Laufen halten. Und wir arbeiten auch für diejenigen, die unser Land Jahre und Jahrzehnte am Laufen gehalten haben und ihre verlässlichen Renten deshalb auch verdient haben.

Wenn das gemacht und auch klar kommuniziert wird – dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Neues aus dem Wahlkreis



24. Weltflüchtlingstag - Ein Beispiel gelungener Integration aus Rodenbach

Am 20. Juni 2024 fand der 24. Weltflüchtlingstag statt. Dieser Tag wurde 2001 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um auf die Situation von geflüchteten Menschen aufmerksam zu machen, die aufgrund von Kriegen oder anderen Krisen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Doch wie sieht eine gelungene Integration hier vor Ort aus? Vor welchen Herausforderungen stehen geflüchtete Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber?

Im Rahmen des Weltflüchtlingstages habe ich gemeinsam mit dem Jobcenter Kaiserslautern die Firma Heinrich Schmid in Rodenbach besucht. Dort arbeitet seit März 2024 Herr Alqusi, der vor etwa 2,5 Jahren mit seiner Familie aus Syrien nach Deutschland geflüchtet ist. Innerhalb kürzester Zeit konnte Herr Alqusi die deutsche Sprache erlernen und sich als Bauhelfer bewerben.

Besonders beeindruckt hat mich die gute Zusammenarbeit der Firma Heinrich Schmid mit dem Jobcenter Kaiserslautern. Das Engagement von Herrn Alqusi ist ein hervorragendes Beispiel für eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt. Herr Alqusi erzählte mir, dass seine Frau, sobald die Kinder groß genug sind, als Pflegerin arbeiten möchte. Bei seinem Sachbearbeiter im Jobcenter bedankte er sich für die gute Unterstützung. Die Vermittlung habe ihm sehr geholfen, in Deutschland Fuß zu fassen.

Herr Abou Chabab, Vertreter der Firma Heinrich Schmid, ist beeindruckt von Herrn Alqusi. Er hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter hervor. Vor allem der direkte Draht sei hilfreich. Dies vereinfache viele Abläufe und ermögliche den Flüchtlingen die Teilnahme an Förderprogrammen, Weiterbildungen & Praktika.

Danke, Malu

Liebe Malu,
ein ganz großes DANKESCHÖN für die 11 Jahre als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Mit deiner ruhigen, warmherzigen & offenen Art hast du nicht nur mich, sondern viele Herzen in unserem Land gewonnen. Ganz besonders möchte ich mich bei Dir für Deine persönliche Unterstützung bedanken. Du warst nicht nur Landesmutter, sondern auch Mentorin und Ratgeberin.

Du hast das Land durch viele Krisen geführt und Dir die Anerkennung als Ministerpräsidentin hart erarbeitet. Du warst ein Vorbild für viele Frauen und Männer, für junge Menschen und für alle Demokratinnen und Demokraten.

An Alexander Schweitzer & Sabine Bätzing-Lichtenthäler: Ich wünsche euch beiden für eure neuen Aufgaben alles Gute und bin voller Zuversicht, dass unser Land und unsere SPD bei euch in guten Händen sind. Ich freue mich auf weiterhin enge und gute Zusammenarbeit mit euch beiden.



Hier war ich auch:



Sitzung des SPD-Ortsverein
Kirchheimbolanden



Haustürbesuche in Hohenecken



Betriebsbesuch Lufthansa Technik
AERO in Alzey

Neues aus Berlin



Das neue Onlinezugangsgesetz ist da

Es ist endlich soweit: Das neue Onlinezugangsgesetz (OZG) ist da! Nach intensiven Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, zuletzt im Vermittlungsausschuss, freue ich mich sehr über die endgültige Zustimmung des Bundesrats zum OZG-Änderungsgesetz.

Das OZG markiert das größte Modernisierungsprojekt der öffentlichen Verwaltung seit Bestehen der Bundesrepublik. Es sorgt dafür, dass

Verwaltungsleistungen digitalisiert und über Verwaltungsportale bereitgestellt werden.

Was ändert sich aber genau durch das Gesetz? Im Gesetz wird festgehalten, dass Menschen in Deutschland ein Recht darauf haben, die meisten Behördengänge online zu erledigen. Ab 2028 soll dieses Recht sogar vor Verwaltungsgerichten eingeklagt werden können. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird das Bundesinnenministerium außerdem Standards und Schnittstellen für den Onlinezugang zu Verwaltungsleistungen festlegen. Ein einfacheres Login, ähnlich wie beim Online-Banking, soll die Nutzung der zentralen Bundes-ID erleichtern. Außerdem sollen Behörden das Bezahlen von Gebühren durch mehrere gängige Zahlungswege wie

PayPal, Apple Pay und Google Pay vereinfachen. Zusätzlich wird festgelegt, dass in Zukunft vor allem offene Standards und Schnittstellen genutzt werden sollen, um die IT-Infrastrukturen transparenter und flexibler zu gestalten.

Das Gesetz legt einen wichtigen Grundstein für eine moderne und digitale Verwaltung. Durch effizientere und zugänglichere Verwaltungsleistungen werden die Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren. Ich bin sehr erfreut darüber, dass wir damit Digitalisierungshemmnisse beseitigen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken können.

Der Jugendmedienworkshop 2024

„Liebe Demokratie, wir müssen reden – 75 Jahre Grundgesetz und Deutscher Bundestag“ - Unter diesem Titel findet vom 06. bis zum 12. Oktober 2024 der diesjährige Jugendmedienworkshop in Berlin statt.

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e.V. 25 politik- und medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren zu einem einwöchigen Workshop nach Berlin ein. Drei Wochen vorher - am 14. September 2024 - findet ein digitales Vorbereitungstreffen statt.

Das übergeordnete Thema des diesjährigen Workshops lautet dabei „75 Jahre Grundgesetz – 75 Jahre Deutscher Bundestag – aktuelle Debatten zur Demokratie“. Die Jugendlichen setzen dabei nach ihren Interessen eigene inhaltliche Schwerpunkte in Bezug auf das Workshop-Thema und gestalten ein journalistisches Online-Dossier mit Text-, Audio-, Video- oder Social-Media-Beiträgen.

Interessierte können sich bis 14. Juli 2024 unter der Internetadresse <https://jugendpresse.de/projekte/bundestag> bewerben.



Reform des Postgesetzes – Stabilität für die Versorgung auf dem Land und in der Stadt

In Deutschland werden täglich 60 Millionen Briefe und 10 Millionen Pakete verschickt. Das zeigt die große Bedeutung, die ein verlässlicher und bezahlbarer Post- und Paketservice für uns hat. Im Zeitalter der E-Mails nehmen die Briefmengen ab, während die Paketmengen weiter zunehmen. Um die Post fit für die Zukunft zu machen, haben wir die erste Reform des Postgesetzes seit 27 Jahren beschlossen.

Damit garantieren wir die flächendeckende und erschwingliche Versorgung der Menschen mit Briefen und Paketen. Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen im wachsenden Paketmarkt, sorgen für eine klimafreundlichere Brief- und Paketbeförderung und verzichten auf Nachtflüge für die Post. Auch die Infrastruktur der Filialen und Briefkästen in der Fläche soll erhalten bleiben. Und wir bieten mehr Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und schaffen bessere

Arbeitsbedingungen auf dem Paketmarkt.

Gerade im Bereich Briefpost können diese Verbesserungen bzw. Bestandsgarantien leider nicht über das Briefporto finanziert werden bei gleichzeitigem Erhalt der 95%igen Zustellungsgarantie innerhalb von zwei Werktagen. Deshalb wird es ab 2025 eine Verlängerung dieser Frist auf drei Werktagen für Briefpost ohne Expresszuschläge geben.



Medienecho zu meiner politischen Arbeit





Sendung verpasst? 

Startseite > Inland > Regional > Rheinland-Pfalz > Rheinland-Pfalz: Baupause bei Batteriezellfabrik auf ehemaligen Opel-Gelände in Kaiserslautern

Baupause bei Batteriezellfabrik auf ehemaligen Opel-Gelände in Kaiserslautern

Baustopp bei Batteriezellfabrik ist "harte Entscheidung"

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves hat wegen der aktuellen Situation bereits Gespräche mit dem ACC-Betriebsrat, der IG-Metall und auch mit Politiker-Kollegen geführt, wie er dem SWR sagt. Einerseits habe er dabei "sehr besorgte und frustrierte" Rückmeldungen erhalten. "Was ich absolut verstehen kann", so Mieves. Nach dessen Informationen arbeiten derzeit 116 Menschen bei ACC in Kaiserslautern.

"Es ist erst einmal eine sehr harte Entscheidung, dass wir jetzt einen vorübergehenden Stopp in Kaiserslautern haben", sagt Mieves. Er habe bei den Verantwortlichen aber auch Zuversicht gespürt, dass man grundsätzlich am Standort Kaiserslautern festhalten wolle - "wenn auch zu einem deutlich späteren Zeitpunkt".



BAK-Symposium

Mit Telepharmazie Apotheken weiterentwickeln

Telepharmazie kann helfen, den Arbeitsplatz Apotheke attraktiver zu machen und die Apotheken als Gesundheitsstandorte zu stärken. Das betonte Matthias Mieves, Bundestagsabgeordneter und Sprecher für E-Health für die SPD-Fraktion, beim Symposium der Bundesapothekerkammer (BAK) heute in Berlin. Dabei ging es um Chancen und Grenzen der Telepharmazie.



Vor-Ort-Apotheken wichtig

In Schweden sei "sehr viel ärztliche Kompetenz und Kapazität aus der Fläche abgezogen" worden, so Matthias Mieves, Sprecher für eHealth bei der SPD-Fraktion. Dabei habe sich die Gesundheitsversorgung für die "urbane Klientel verbessert [...], aber für den Rest der Bevölkerung verschlechtert", erklärt Mieves. Daraufhin sei den Apotheken vorgeschrieben worden, dass sie in den Regionen, die sie digital versorgen, auch Vor-Ort-Apotheken zur Verfügung stellen müssen.



Nach Attacke gegen SPD-Politiker: Mieves sieht „Grundmaß an gutem Umgang bei uns“



Matthias Mieves Foto: BGI



Suche



Anja Kunz
11. Juni 2024 - 17:33 Uhr

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves zeigt sich „erschüttert“ von der hohen Zustimmung für die AfD bei der Europawahl im Donnersbergkreis.

„Das macht mich nachdenklich“, sagte er auf RHEINPFALZ-Anfrage. Die Tendenz sei zwar bereits in den vergangenen Monaten erkennbar gewesen, „trotzdem hat mich die Deutlichkeit überrascht“. Aus seiner Sicht geht ein hoher Anteil der Stimmen auf die Unzufriedenheit mit der Ampel-Regierung in Berlin zurück. Seit Sonntagabend habe er mit zahlreichen Bürgermeistern, ehrenamtlich Engagierten und Kommunalpolitikern gesprochen, um möglichst breites Feedback einzuholen. „Im Großen und Ganzen nehme ich die Stimmung so wahr, dass viele Menschen Unsicherheit spüren. Diese äußern sie in Bezug auf Kriminalität, ungesteuerte Migration und Veränderungen in der Wirtschaft. Das führt bei einigen zum Eindruck, dass der Staat die Kontrolle in einigen Bereichen verloren hat.“ Wenn dann noch Öl ins Feuer gegossen werde, komme ein solches Wahlergebnis heraus.



Unabhängige pharmazeutische Informationen für Wissenschaft und Praxis der Deutschen Apotheken-Zeitung

Chancen und Grenzen der Telepharmazie

Bessere Versorgung, attraktiveres Berufsfeld und Stärkung der Apotheke

Matthias Mieves, Bundestagsabgeordneter und Gesundheitspolitiker der SPD, nannte drei Ziele, die die Politik mittels Telepharmazie realisieren wolle:

- Die Versorgung für die Menschen in Deutschland besser machen,
- den Beruf bzw. das Berufsfeld der Apotheker*innen durch Telepharmazie attraktiver gestalten und
- die Apotheke als Gesundheitsstandort stärken und weiterentwickeln.

Mieves hatte sogleich zwei Vorschläge parat, wie das gelingen kann. Eine Möglichkeit sei, Patient*innen per Videoanruf zu beraten und mit ihren Arzneimitteln per Botendienst zu versorgen, „ohne dass sie ihr Bett verlassen müssen“. Andersrum könnten auch Apotheker*innen aus dem Homeoffice beraten, und der Arbeitsplatz so attraktiver gestaltet werden.



Plus

Dreyer-Rücktritt: Ein „Paukenschlag“ und ganz viele Lobeshymnen

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat am Mittwoch ihren Rücktritt angekündigt – und das sagen Politiker aus dem Donnersbergkreis dazu.

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Mieves war die Nachricht vom Rückzug **Malu Dreyers** dann doch ein ordentlicher „Paukenschlag“. Und diesen nahm er „mit gemischten Gefühlen“ auf. Einerseits findet Mieves es „sehr schade, dass sie ihre Zeit als Ministerpräsidentin nun beendet“. Auf der anderen Seite zollt er ihr „hohen Respekt“ dafür, ihre Nachfolge so „zügig, geräuschlos und professionell“ geregelt zu haben. Alexander Schweitzer mache in seinen Augen einen „exzellenten Job als Minister“ und bringe beste Voraussetzungen mit, den Politikstil Malu Dreyers fortzuführen. Diese habe viel für **Rheinland-Pfalz** erreicht, „war den Menschen immer zugewandt und hatte stets ein offenes Ohr für individuelle Anliegen“. Malu Dreyer sei ein absolutes Vorbild, so Matthias Mieves.



Suche



Organspende: Lauterbach erleichtert die Regeln Datenbank muss aufgebaut werden

Tatsächlich bestand lange die Sorge, dass eine Aufhebung des „Näheverhältnisses“ den gewerbsmäßigen Organhandel ermöglichen würde. Bei Überkreuz-Spende zahlt aber keiner der Tauschpartner Geld oder nimmt welches an. Das System funktioniert nach dem Motto „Niere gegen Niere“.

Mit den Vorschlägen aus dem Hause von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) soll ab 2025 die Überkreuz-Spende in Deutschland problemlos praktiziert werden.

Der SPD-Gesundheitspolitiker Matthias Mieves (Kaiserslautern) sieht in der Novelle des Transplantationsgesetz zwei Ziele erfüllt: „Wir können so die Anzahl der Lebendspenden erhöhen und gleichzeitig die Kommerzialisierung ausschließen.“ Dafür müsse nun eine staatlich geführtes und digital gestütztes Register aufgebaut werden, für das sich Paare registrieren können, um immunologisch geeignete Spender-Empfänger-Paare zu finden.

Nach dem Entwurf Lauterbachs ist künftig in Deutschland auch die an keine Person gerichtete selbstlose (altruistische) anonyme Nierenspende möglich.

Telepharmazie: Kein Callcenter von den Bahamas

APOTHEKE ADHOC, 11.06.2024 15:10 Uhr





Telepharmazie ist für Matthias Mieves (SPD) ein vorstellbares Szenario, wenn der Patient nicht in die Apotheke kommen kann oder wenn „Frau Overwiening sagt, ich mache heute meinen Home-Office-Day“.

Foto: Messe Berlin

Berlin - Unter dem Motto „Telepharmazie - Chancen und Grenzen“ fand heute das Symposium der Bundesapothekerkammer (BAK) im Apothekerhaus in Berlin statt. Schnell wurde klar: Telepharmazie soll dazu beitragen, die Apotheke als Gesundheitsstandort zu stärken – aber nur, wenn Patient:innen der Apotheke bekannt sind. Callcenter von den Bahamas kommen nicht in Frage.

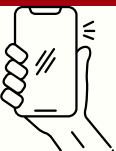


GESUNDHEIT SICHERN. DIE APOTHEKE.

BAK-Symposium: Neue Chancen für die Telepharmazie

Matthias Mieves MdB, Sprecher für e-Health für die SPD-Fraktion und ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für Digitales im Deutschen Bundestag, nannte drei Ziele der Telepharmazie: Die Verbesserung der Versorgung der Patientinnen und Patienten. Zweitens den Apothekerberuf attraktiv zu halten und drittens die Apotheken vor Ort als Gesundheitsstandort zu stärken und weiterzuentwickeln. Mieves: „Apothekerinnen und Apotheker können viel mehr als sie bislang anbieten, dieses Potential sollte genutzt werden.“ Er sei gespannt darauf, was sich die Apotheker unter Telepharmazie vorstellen – und er sei bereit, diese Ideen mitzunehmen. Mieves lud die Apothekerschaft mehrfach dazu ein, ihm Ideen für konkrete telepharmazeutische Versorgungskonzepte vorzulegen, er wolle diese dann in der Ampel-Koalition besprechen und sich dafür starkmachen. Mieves äußerte auch die Meinung, dass erkrankte Menschen Medikamente bekommen wollten, ohne ihr Sofa zu verlassen – das könne er sich dank Telepharmazie vorstellen. Möglich sei für ihn zudem, dass Apothekerinnen und Apotheker aus dem Homeoffice heraus pharmazeutisch beraten. Der SPD-Politiker kann sich auch vorstellen, dass das Aufgabenspektrum der Apotheken erweitert werde, zum Beispiel über Remote Monitoring. Er verstehe darunter, dass Patienten zuhause ihre Körperfunktionen messen und diese Werte an den Apotheken senden. So wie BAK-Präsident Benkert sprach sich auch Mieves gegen Callcenter in der Telepharmazie aus – Beispiele aus Schweden hätten gezeigt, dass dies keine Vorteile für die Patientinnen und Patienten habe.





Neues aus den Ausschüssen

Schluss mit Funklöchern: flächendeckende Mobilfunkversorgung für alle

Wer kennt es nicht? Man sitzt in der S-Bahn, im Zug oder im Auto und plötzlich bricht der Anruf ab. Trotz des technischen Fortschritts gibt es in Deutschland immer noch sogenannte „weiße und graue Flecken“, in denen mobiles Breitband fehlt oder eingeschränkt ist. Rund um Kaiserslautern sind wir zwar fast flächendeckend mit 5G und 4G versorgt, aber auch hier finden sich noch Lücken in der Abdeckung, wie die Mobilfunkkarte der Bundesnetzagentur zeigt.



Während meiner Zeit bei der Telekom habe ich selbst am Ausbau unseres Mobilfunknetzes mitgearbeitet. Heute freue ich mich, von der politischen Seite einige Maßnahmen unterstützen zu können. Beispielsweise hat die Bundesnetzagentur kürzlich neue Rahmenbedingungen für Mobilfunkfrequenzen ab 2026 vorgestellt. Sie verlängert die Nutzungsrechte der Mobilfunkanbieter, damit Unternehmen besser planen und investieren können. Außerdem soll besonders im ländlichen Raum die Versorgung verbessert werden. Bis 2028 sollen mindestens 98 % der Haushalte in dünn besiedelten Gebieten 100 Mbit/s erhalten, was schnelles Internet für HD-Streaming, Videoanrufe und schnelle Downloads ermöglicht.

Zusätzlich hat die Bundesnetzagentur einen Vorschlag veröffentlicht, der das Minderungsrecht bei schlechter Netzqualität konkretisiert. Verbraucher sollen weniger für ihre Handytarife zahlen oder ihren Vertrag kündigen können, wenn die tatsächliche Datenverbindung deutlich schlechter ist als vertraglich zugesichert. Dies soll bis Ende des Jahres umgesetzt werden.

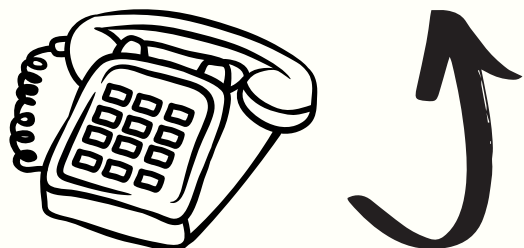
Mit diesen Maßnahmen setzt die Bundesnetzagentur wichtige Schritte, um die digitale Infrastruktur in Deutschland nachhaltig zu verbessern und für mehr Gerechtigkeit in der Mobilfunkversorgung zu sorgen.



Telefonsprechstunde

01. August 2024
(Donnerstag)
10:00 - 11:30 Uhr

Anmeldung unter:
matthias.mieves.wk@bundestag.de
oder 0151 10377531



Hier könnt ihr mich treffen:



06. Juli, ab 08:30 Uhr: „Zoar radelt durch die Welt“ in
Rockenhausen

07. Juli, ab 11:00 Uhr: Pfalztreffen der SPD in Bockenheim a.d.
Weinstraße

11. Juli, ab 18:00 Uhr: Mitgliederversammlung SPD-OV
Erzhütten/Wiesenthalerhof

12. Juli, ab 16:00 Uhr: Kickerturnier der SPD-Kaiserslautern

12. Juli, ab 18:00 Uhr: Grill- und Flammkuchenabend in Kerzenheim

13. Juli, ab 09:00 Uhr: Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz in Schopp

13. Juli, ab 15:00 Uhr: Schwimmbadaktion der Jusos
Donnersbergkreis in Rockenhausen

14. Juli, ab 11:00 Uhr: 10 Jahre Verbandsgemeinde Lauterecken-
Wolfstein

15. Juli, ab 19:00 Uhr: Mitgliederversammlung SPD-OV Einselfeld

25. Juli, ab 18:00 Uhr: Workshop des SPD-GV Kusel/Altenglan

09. August, ab 10:00 Uhr: Stadtrundgang in Eisenberg

09. August, ab 18:00 Uhr: Grillfest SPD-OV Niederkirchen



MEINE SOMMERTOUR 2024



08. Juli, ab 10:00 Uhr: Bürgersprechstunde in Eisenberg
09. Juli, ab 10:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Rockenhausen
11. Juli, ab 12:00 Uhr: Bürgersprechstunde in Kaiserslautern
16. Juli, ab 12:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Waldmohr
17. Juli, ab 12:00 Uhr: Bürgersprechstunde in Dannenfels
22. Juli, ab 11:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Kirchheimbolanden
22. Juli, ab 15:00 Uhr: Haustürbesuche in Steinborn
23. Juli, ab 08:00 Uhr: Bürgersprechstunde in Dreisen
23. Juli, ab 13:00 Uhr: Bürgersprechstunde in Enkenbach-Alsenborn
24. Juli, ab 12:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Kaiserslautern
25. Juli, ab 11:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Otterbach
08. August, ab 11:30 Uhr: Bürgersprechstunde in Kirchheimbolanden

Mein Lese-Tipp



“Masterplan Gesundheit” von Jörg Blech



Wir können unser Leben um 23 Jahre verlängern - ohne Zauberkräfte oder Gen-Manipulation. Mit gutem Essen, viel Bewegung und Zuversicht. Das ist die Kernaussage von Jörg Blech in seinem “Masterplan Gesundheit”. In den letzten Tagen habe ich seine Tipps mit meinem Lebensstil verglichen.

1. Richtig essen: Pflanzliche Nahrung, Ballaststoffe, wenig Fleisch und Zucker, nicht rauchen. Wenn man dem Körper dann noch Zeit gibt, regelmäßig zu hungern und sich zu erneuern - z. B. durch 16:8 Intervallfasten - dann ist man schon gut dabei.

2. Viel Bewegung: Tägliche Bewegung hält jung. Ausdauer durch Gehen, Joggen oder Fahrradfahren. Bei mir sind es meist kleine “Sprints” zwischen Büro, Home Office und Terminen. Krafttraining hält den Muskel- und Gelenkapparat in Schuss. Mit passender Ernährung reduziert es Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Krankheiten, Diabetes und Krebs.

3. Zuversicht: Ich stehe morgens mit guter Laune und Optimismus auf. Jeder Tag hat die Chance, ein guter Tag zu werden. Blech bestätigt, dass Optimismus die Gesundheit fördert. Zuversicht ist kein Zufall, wir können uns jeden Tag dafür entscheiden.

Was können wir tun, um uns alle in diesem Sinne zu “Super-Agern” zu machen? Gibt es systemische, gesellschaftliche Stellschrauben oder Anreize, die wir neu setzen müssen? Welche Rolle spielt die Art wie unser Gesundheits- und Präventionswesen arbeitet dabei?

Ich freue mich auf eure Ideen und Gedanken, wie wir diese Erkenntnisse besser nutzen können.



Schulstraße 5
67655 Kaiserslautern

Bahnhofstraße 3a
67806 Rockenhausen

0631 69550 / 0151 10377531
matthias.mieves.wk@bundestag.de

www.matthiasmieves.de

Matthias Mieves
Bundestagsabgeordneter
für die Westpfalz

